



Bundesministerium
der Verteidigung

Rede der
Bundesministerin der Verteidigung
Dr. Ursula von der Leyen

bei der Atlantikbrücke

am 11. November 2016 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Lieber Friedrich Merz,

Zu allererst möchte ich Ihnen von Herzen zum Geburtstag gratulieren. Es verwundert sicher keinen hier, dass Sie Ihren Geburtstag auf einer Veranstaltung „Ihrer“ Atlantikbrücke verbringen. Sie haben dieser altehrwürdigen Institution in den vergangenen sieben Jahren als Vorsitzender frischen Wind eingehaucht und sie modernisiert. Sie haben das Profil der Atlantikbrücke geschärft – so auch im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Atlantikbrücke ist ein gesuchter Gesprächspartner auf beiden Seiten des Atlantiks. Und sie ist eine deutlich wahrzunehmende Stimme der transatlantischen Freundschaft. Das ist auch Ihr Verdienst, lieber Friedrich Merz.

Sehr geehrte Frau Botschafterin, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Planungen zur heutigen Veranstaltung begannen vor Monaten. Und es schien sinnvoll und interessant, dass ich heute etwas Grundsätzliches zur deutschen Sicherheitspolitik und damit zum neuen Weißbuch sage. Das war vor dem Sieg Donald Trumps. Was seit dem frühen Morgen des 9. November sicher alle hier im Saal interessiert, ist deswegen nicht mehr die Frage: „Eine neue deutsche Sicherheitspolitik?“, so wie es noch in der Einladung hieß. Sondern ob und wie sich die amerikanische Sicherheitspolitik verändert – und welche Auswirkungen das auf das transatlantische Koordinatensystem und Deutschland hat?

Donald Trumps Sieg ist zweifelsohne der Kulminationspunkt einer längeren Entwicklung in den USA: Die einer immer tiefergehenden Spaltung der Gesellschaft. Die Finanzkrise hat Amerika hart getroffen; die Mittelschicht ist teilweise erodiert. Die Wahl ist Ausdruck einer immer größeren politischen Polarisierung und Unversöhnlichkeit. Das hat nicht mit Donald Trump begonnen, sondern lange davor schon mit der Tea Party. Zugleich ist sie eine politische Absage an die 8 Jahre Obama. Das ist üblich bei Regierungswechseln. Neu ist aber die ungeheure, in Teilen grenzenlose Wut gegen das so genannte Establishment. Beide – Hillary Clinton und Donald Trump – wurden als Kandidaten nicht geschätzt. Die Wähler haben Donald Trump misstraut, die Wut auf das Establishment, für viele verkörpert von Hillary Clinton, aber war größer. Trumps Wähler wollen Veränderung; wollen,

dass sich konkret in ihrem Leben etwas ändert. Und sie trauen das Trump am meisten zu.

Üblicherweise dienen Wahlkämpfe dazu, Positionen zu markieren und das Profil zu schärfen. In der Außen- und Sicherheitspolitik hat Donald Trump drei Themen markiert: Er hat erklärt, die Lage in Syrien und Irak sein ein regionales Problem, aus dem die USA sicher besser heraushielten. Andererseits hat er angekündigt, im Kampf gegen den IS 20-30.000 amerikanische Bodentruppen nach Syrien zu schicken, um den IS zu zerstören. Donald Trump machte ferner im Wahlkampf den Beistand der USA in der NATO davon abhängig, ob die Verbündeten angemessen, d.h. mehr, für Verteidigung investieren. Und am widersprüchlichsten sind sicher die Positionierungen zu Russland.

Jetzt stehen wir alle vor der Frage, ob dies vor allem gezieltes Wahlkampfgetöse war – oder die Beschreibung seiner künftigen politischen Agenda. Hier wissen alle Interessierten diesseits und jenseits des Atlantiks im Grunde fast nichts. Das hat zwei Gründe: Erstens war Donald Trump ein absolut untypischer Kandidat: Zwar hatte er das Ticket der Republikanischen Partei – doch er ließ sich weder in ihre Strukturen noch in ihre traditionelle Programmatik einbinden. Zweitens gab es keine Kontaktsuche oder keine Besuche von Vertretern des Trump-Teams, so wie wir das üblicherweise kennen. Die etablierten, über Jahrzehnte gewachsenen Kontakte mit Vertretern der Republikaner kamen nicht zum Tragen. Das ist neu, daran kann sich keiner der erfahrenen USA-Kenner hier in Deutschland erinnern.

Ein paar Konturen und grundsätzliche Muster können wir jedoch skizzieren. Und sie zeigen: Es wird sich etwas verändern. Wir müssen uns darauf in Europa und in Deutschland einstellen.

Kern des Weltbildes von Donald Trump beschreibt die Formulierung: America First. Ob internationaler Handel, internationale Beziehungen oder Verhandlungen – die einzige Maßgabe lautet, ob es amerikanischen Interessen dient. Das ist legitim – aber kann das der alleinige Maßstab sein? Ferner gab Donald Trump im Wahlkampf eine Reihe von Schutzversprechen: Schutz vor Terrorismus. Schutz vor illegaler Migration. Und auch Schutz vor den Folgen freien Welthandels.

Die Sicherheits- und Bündnispolitik skizzierte Trump eher als eine Kosten-Nutzen-Rechnung. „Fair“, wie Trump es mehrmals, so auch in seiner Siegesrede, nannte. Doch die Währung der Weltpolitik sind in der Sicherheitspolitik nicht nur Dollar oder Euro. Sondern sie sind vor allem Vertrauen, Verlässlichkeit und das Einstehen für gemeinsame Werte. Ich hoffe, dass die neue Administration die NATO und die Relevanz eines Bündnisses zu 28 zu schätzen weiß.

Ein einziges Mal in der fast 70 jährigen Geschichte der Nato ist ein Land im Bündnis angegriffen und der Artikel 5 gezogen worden. Das war 9/11. Die NATO hat damals nicht gezögert, zum ersten und einzigen Mal den Bündnisfall zu erklären – weil die USA angegriffen wurden. Viele Staaten sind in der Folge nach Afghanistan gegangen, um gemeinsam den Terror zu bekämpfen. Viele von uns sind noch immer dort engagiert. Und das ist richtig so. Wenn je ein Land angegriffen würde und nicht umgehend alle 28 ihm zur Seite stehen, dann wäre die Nato tot. Und wir verlören weit mehr als ein Mitgliedsland. Wir verspielten das Versprechen, dass wir 28 immer einstehen für die Solidarität, Freiheit, Demokratie und die Beachtung der Menschenwürde. Diese Werte, die wir verteidigen, sind die Legitimation und der Maßstab für das stärkste Militärbündnis der Welt. Ihre Verteidigung eint uns und macht uns stark, nicht irgendwelche Kostenvorteile.

Auf einem anderen Papier steht die Forderung nach einer fairen Lastenteilung. Das Thema war auf der Agenda – und es wäre in jedem Fall nach der Wahl auf der Agenda der Allianz geblieben. Ich halte das Ziel für richtig, aber 2 Prozent des BIP für das Verteidigungsbudget vorzusehen, ist nur die halbe Wahrheit. Denn eine solche Festlegung heißt eben beileibe nicht, dass diese 2 Prozent auch der NATO zur Verfügung stehen. Deutschland ist das Land, das den größten Anteil seiner Verteidigung vollständig in die NATO gibt. Wir wollen auf dem Gebiet auch noch besser werden – aber wir möchten mehr Transparenz über die 2 Prozent. Sie sind schließlich nur der jeweilige nationale Input. Wir wollen wissen, wie es um den Output für die NATO steht.

Die NATO hat sich durch die Beschlüsse der Gipfel in Wales und Warschau modernisiert – Deutschland engagiert sich bei der sehr intensiv. Zugleich wird immer deutlicher, auch Europa, auch die EU muss mehr tun im Bereich der Sicherheits- und

Verteidigungspolitik. Und Europa kann mehr tun – vor allem effizienter werden. Noch leisten wir uns unter den Mitgliedstaaten den Luxus von 37 unterschiedlichen Typen von Transportpanzer, von 12 unterschiedlichen Tankflugzeugen und 19 unterschiedlichen Kampfflugzeugen. 80 Prozent unserer Investitionsbudgets geben wir national aus. Gemeinsam unterhalten wir eine Truppenstärke von 1,5 Millionen Soldatinnen und Soldaten; und legt man alle nationalen Verteidigungsbudgets Europas zusammen, kommen wir auf die stattliche Summe von 200 Milliarden Euro. Da gibt es viele Stellschrauben, um unseren eigenen Output unter dem Strich zu erhöhen!

Wir Europäer müssen uns dieser Aufgabe stellen, denn wir schulden den USA mehr Anstrengungen in der NATO. Wir müssen den europäischen Pfeiler im Bündnis stärken – wie etwa durch das Framework Nation Concept. Zugleich müssen wir Europäer in der EU handlungsfähiger werden, weil die EU in Fragen und Regionen gefordert ist, wo ich die NATO nicht sehe. Wie in Afrika, wo uns die wirtschaftlichen, demographischen und sicherheitspolitischen Probleme vieler Regionen dieses Nachbarkontinents sehr direkt betreffen. Denn sie wirken als Fluchtursachen. Die EU hat ein einzigartiges Profil: Die Verbindung militärischer mit zivilen Fähigkeiten. Wir agieren mit diesem breiten Instrumentenkasten schon in Teilen Afrikas – so in Mali. Und doch können wir uns noch steigern.

Bei alledem geht es nicht um die Duplizierung von Fähigkeiten oder Strukturen zur NATO. Denn wir haben nur ein single set of forces. Keine Europäische Armee! Und damit keine Konkurrenz zur NATO. Artikel 5 des NATO-Vertrages ist und bleibt der zentrale Angelpunkt europäischer Sicherheit. Eine Stärkung Europas muss immer auch eine Stärkung der Atlantischen Sicherheitspartnerschaft sein.

Es geht vielmehr um eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion. Um die Entwicklung von Fähigkeiten komplementär zur NATO. So um eine Europäisches Sanitätskommando oder einen Europäischen Logistic Hub. Zur Umsetzung dieser Absichten steht uns das Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zur Verfügung. Es ist Teil des Vertrages von Lissabon, dem alle Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Wichtig aber ist: Wir sollten inklusiv vorgehen – ideal zu 27 Staaten.

Europa handlungsfähiger zu machen – das sind unsere internen europäischen Aufgaben. Zugleich steht aber eine ganze Reihe von Herausforderungen auf der Agenda, die wir gemeinsam mit den USA angehen müssen. Zuerst Syrien und der Irak. Donald Trump hat im Wahlkampf gesagt, es ginge bei der Bekämpfung des IS darum: „To bomb the hell out oft hem“. Wir dürfen jedoch nicht glauben, „der Westen“ bekomme jede Krise mit seiner militärischen Macht allein in den Griff. Wir werden militärische Erfolge immer wieder gefährden, wenn wir nicht von Beginn an Diplomatie und wirtschaftliche Entwicklung flankieren.

Die Aggression, die der so genannte IS an den Tag legt, die Brutalität und die Verwüstung um ihn herum sind nicht anders zu stoppen als mit militärischen Mitteln. Aber so unerbittlich wir den Terror bekämpfen müssen, so unermüdlich müssen wir auf Versöhnung setzen. Denn nur so entziehen wir dem Dschihadismus den Nährboden. Erst mit Versöhnung und Wiederaufbau kommt tragfähiger Frieden. Die Menschen müssen spüren, dass es einen Unterschied macht, ob der IS sie beherrscht – oder ob sie in Freiheit leben können. So wie nach der Rückeroberung Tikrits und Ramadis: Die Vereinten Nationen waren sofort vor Ort. Sie haben für Wasser, Elektrizität und Obdach gesorgt. Haben Minen geräumt und den Menschen Zuversicht gegeben. Genau das wird auch die Bewährungsprobe in Mosul sein.

Der Irak ist derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise. Hinzu kommt, dass die Konflikte zwischen den Sicherheitskräften und insbesondere die Rolle der mächtigen schiitischen Milizen weitgehend ungeklärt sind. Soll also der Kampf gegen den IS nicht in einen neuen Binnenkonflikt übergehen, muss die Stabilisierung des Landes – vom Sicherheitsapparat über die Versöhnung bis zur Wirtschaft – jetzt Vorrang haben.

Und nun zu Russland. Es ist gut, wenn der neue amerikanische Präsident mit dem russischen Präsidenten das Gespräch sucht. Das hat unsere volle Unterstützung. Was jedoch nicht passieren darf, ist, dass die Annexion der Krim, der hybride Krieg in der Ukraine oder das Bombardement Aleppos vergessen werden. Denn es geht um die Frage, ob unsere Friedensordnung noch etwas gilt; ob die Eckpfeiler der Vereinten Nationen, das Völker- und Menschenrecht in Amerika weiterhin ihren verlässlichsten Verteidiger haben.

Außerhalb unserer westlichen Welt negieren andere diese Werte. Sie tun dies schleichend. Oft mit den Mittel modernster Kommunikation. Im Cyber- und Informationsraum führen Fakten und Propaganda einen erbitterten Krieg, wie wir seit der Annexion der Krim mit wachsender Sorge beobachten. Ob es der „Fall Lisa“ war, oder das Negieren der Tatsache, dass die Maschine MH 17 von Separatisten mit russischen Waffen abgeschossen wurde, oder die falsche Behauptung, belgische Kampfjets hätten in Syrien ein Krankenhaus bombardiert.

Auch der so genannte IS bedient sich der strategischen Kommunikation im großen Rahmen – vor allem in den sozialen Medien. So wurden am Tag der Eroberung Mosuls vor 2 Jahren 40.000 Tweets mit Siegespropaganda versandt. Zugleich aber zeigt sich, dass er unter Druck geraten ist. So ist die Zahl der Videos des IS von 700 im August 2015 auf knapp 200 im August 2016 gesunken. Und zum Motiv der Hinrichtung Entführter ist die Hinrichtung von Spionen und Deserteuren getreten; zu Siegeshymnen eher die Märtyrereloge. Die Gefährlichkeit der archaischen Ideologie bleibt jedoch im Netz bestehen.

Aber wir sind nicht ohnmächtig. Denn wir haben starke Argumente. Und wir haben die objektive Berichterstattung, die Stärke unserer freien Presse, die auch hinter die Kulissen der Propaganda schaut. Und wir können Desinformation enttarnen. Lügen entlarven. So wie wir etwa Trollfabriken in Russland aufdecken. So können wir dafür sorgen, dass es statt der Desinformation und der Lüge wieder zu einem echten Dialog kommt. Damit auch Russland erkennen kann, dass die Größe, nach der es sich sehnt, nicht aus der Unterdrückung seiner Nachbarn erwächst. Sondern aus der weltweiten Zusammenarbeit und aus einem Wirtschaftswachstum, das dann aber auch allen Bürgern zu Gute kommt.

Wir Europäer und Transatlantiker haben ein gemeinsames Wertefundament. Wir glauben, dass Menschen und Nationen selbstbestimmt und in Freiheit leben sollten. Wir glauben an die Stärke des Rechts. Für uns ist jeder Mensch einzigartig, so wie er ist, und seine Würde ist unantastbar. Egal wie er aussieht, woher er kommt, wen er liebt oder wie er betet. Manches Mal sind wir etwas zögerlich, davon zu erzählen. Wir müssen wieder unserer Demokratie und ihren Werten den Rücken stärken. Auch das ist eine Aufgabe der transatlantischen Gemeinschaft.

Und da schließt sich der Kreis zu meinen Anmerkungen zum US-Wahlkampf. Denn sowohl die Äußerungen Donald Trump als auch die teils hämischen, teils offen Amerika-feindlichen Kommentare auf unserer Seite des Atlantiks haben dramatisch gezeigt: Die Transatlantische Partnerschaft ist keine Selbstverständlichkeit – sie muss ständig neu erarbeitet werden. Die Aufmerksamkeit um den neuen Präsidenten bietet wieder eine schöne Gelegenheit, dies nochmals zu intensivieren. Ich bin froh, dass die Atlantikbrücke hier eine engagierte und vernehmbare Stimme ist!